Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenberichte, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,..., im Ausland mit entsprechendem Portozuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38/40 Vorm. 8-5 Uhr Nachm. Sonntags d. Vorm. 11-1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

H. Kumpert, Dresden-A., Waisenhausstr. 15.
Stets moderne und feine Neuheiten in allen Arten Hüten, Schirmen, Shlipsen, Handschuhen etc.
Schirmbezüge in 1 bis 2 Stunden.

Seidenwaaren empfiehlt Carl Eduard Pietsch. Aeltestes Spezial-Geschäft für Seidenwaaren. Grösste Auswahl in Neuheiten. Gegründet 1836. Preise so billig, wie noch nie. Seit 1872 nur Wilsdruffer Strasse 9.

WEIN-Handlung -Stuben Portikus a. d. Markthalle — **Max: Kunath,** Wallstr. 8.

Krondorfer Sauerbrunn Krondorf bei Carlsbad. Natürliche Kohlensäure. Als Nachkur von Aerzten bestens empfohlen. Versandt frei in das Haus. General-Depot bei: Albin Arnold, Berlinerstrasse 8, part.

Atelier für feine **Corsets** nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle. **Heinrich Plaul,** Dresden, Wallstr. 25. Teleph. A. I. 167.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 164. **Mittwoch, 13. Juni.**

Spiegel: Rechtswidrigkeit des Kongostaatsvertrags. Hofnachrichten. Boykotts. Löwenbändiger. Volksschuldirectoren. Gesammtrathssitzung. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Lichtenberg's Gemäldesammlung.

Politisches.

Bereits seit Wochen bildet das Separatabkommen, das Großbritannien kürzlich mit der Kongoregierung abgeschlossen hat, den Gegenstand diplomatischer Auseinandersetzungen und lebhaftester Erörterungen unter den Regierungen wie in der Presse der betheiligten Staaten, insbesondere Deutschlands, Frankreichs, Englands und Belgiens. Der Kongostaat ist eine neutrale Macht, die nach den ausdrücklichen Bestimmungen der Berliner Kongo-Konferenz von 1884/85 nicht befugt ist, ihre Grenzen ohne die Zustimmung der Konferenzmächte zu ändern. Gleichwohl hat der Souverän des Kongostaates, der König der Belgier, mit der englischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, durch welchen beide Theile auf dem Wege eines Pachtvertrages im äquatorialen Afrika einen bedeutsamen Gebietsaustausch vollzogen haben, der zugleich die Interessen der deutschen und der französischen Kolonien berührt. Das englische Kongo-Abkommen verändert die Grenzverhältnisse zwischen Deutsch-Ostafrika und dem Kongostaate in einer Weise, die gegen frühere Abmachungen verstößt. Es handelt sich um die westliche Grenze des deutsch-ostafrikanischen Gebietes. Während der Verhandlungen, die zu dem deutsch-englischen Vertrag von 1890 führten, war deutscherseits daran festgehalten worden, daß unser Schutzgebiet im Westen unmittelbar an den Kongostaat grenzen müsse, damit für alle Eventualitäten der Zukunft der freie wirthschaftliche Verkehr mit den weiten Landstrichen dieses Staates gesichert sei. Für mehr als zwei Drittel der fraglichen Grenzstrecke wurde dies dadurch erreicht, daß die deutsche Interessensphäre bis an den Tanganikasee herantritt, dessen östliches Ufer deutsch ist, während das westliche dem Kongostaate gehört. Das nördliche Drittel der Grenze, von der Nordspitze des genannten Sees an, ist Landgrenze; hier stoßen das deutsche und das Kongogebiet aneinander. England hatte, behufs Fortsetzung der über den Tanganikasee gehenden Straße von seinen süd- nach seinen nordafrikanischen Besitzungen, gewünscht, einen Gebietsstreifen zu erhalten, der sich auf dem nördlichen Drittel der jetzigen Grenze zwischen Deutschostafrika und dem Kongostaate eingeschoben hätte. Im Vertrage von 1890 hat es dies nicht zu erreichen vermocht; Deutschland lehnte es rundweg ab, um sich den freien Verkehr bis zur Westküste von Afrika zu sichern. Nunmehr hat England dies dadurch herbeigeführt, daß es einen solchen Streifen von 25 Kilometer Breite von dem Kongostaate „gepachtet" hat, ohne Rücksicht darauf, ob Deutschland hierdurch eine Benachtheiligung erfährt. Durch den englisch-belgischen Kongovertrag würde John Bulls Absicht, Afrika ein englisches Rückgrat von Kapstadt bis zum Nil zu geben, verwirklicht sein. Ganz abgesehen von der besonderen Uebereinkunft, die früher zwischen dem Deutschen Reiche und dem Kongostaate getroffen worden ist, wäre es für die englische und die Regierung des Kongostaates zum Mindesten eine Pflicht der internationalen Höflichkeit gewesen, sich mit der deutschen Regierung vor Abschluß ihres jüngsten Abkommens in's Einvernehmen zu setzen. Das ist indeß nicht geschehen und in Folge dessen hat sich das Auswärtige Amt veranlaßt gesehen, zunächst bei der Kongoregierung in Brüssel gegen das Abkommen Einspruch zu erheben unter Hinweis darauf, daß eine Veränderung in den zwischen Deutschland und dem Kongostaate im Jahre 1884 vereinbarten Grenzverhältnissen ohne Zustimmung Deutschlands nicht getroffen werden dürfe. Gleichzeitig soll auch der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, das englische Kabinet von der Erhebung des Protestes in Brüssel verständigt haben. Ferner soll Kaiser Wilhelm persönlich einen Brief an König Leopold von Belgien gerichtet haben, um dem Einspruch des Deutschen Reiches gegen die neue Vereinbarung Englands mit dem Kongostaate besonderen Nachdruck zu verleihen. Weit entschiedener als Deutschland und selbstverständlich unter dem üblichen chauvinistischen Säbelgerassel hat auch Frankreich gegen den Kongovertrag protestirt, weil es in der angeblichen „Verpachtung" des erwähnten Stückes Kongo-Land, die in Wirklichkeit eine Gebietsabtretung an England ist, eine Verletzung des Vorkaufsrechtes sieht, das Frankreich vertragsmäßig besitzt, sobald ein Theil des Kongostaates veräußert werden sollte.

Bestätigt sich die Meldung, daß in der That unser Kaiser, wie kürzlich in der Samoa-Angelegenheit, so auch jetzt in der Kongofrage persönlich eingegriffen hat, so wird dies sicherlich in allen nationalen und kolonialfreundlichen Kreisen mit lebhaftester Genugthuung begrüßt werden. Die schwächliche und nachgiebige Art, in der unsere Kolonialpolitik in den letzten Jahren fortgesetzt gehandhabt worden ist, hat allmählich doch eine Reaktion zum Besseren herbeigeführt, die sich jetzt in der persönlichen Antheilnahme des Kaisers an den kolonialen Angelegenheiten geltend macht. Selbst inmitten des freisinnigen Spießbürgerthums, das sich bisher bei internationalen Streitfragen mit Vorliebe für die ausländischen anti-deutschen Interessen zu erwärmen pflegte, beginnt neuerdings das Bewußtsein aufzudämmern, daß es das Ansehen des Deutschen Reiches erfordert, energischer als seither die deutschen Machtansprüche auf dem Gebiete der Kolonialpolitik zu pflegen und zu vertreten, und daß es ein Gebot unserer nationalen Ehre ist, unseren Standpunkt in der einer Großmacht würdigen Weise stark und zielbewußt zu wahren, besonders England gegenüber, das wir seit dem Rücktritte des Fürsten Bismarck mit thatsächlichen Freundschaftsbeweisen unaufhörlich überschüttet haben, während die Briten uns nur mit Undank gelohnt haben, indem sie von jeher bestrebt gewesen sind, unsere kolonialpolitischen Bestrebungen in kleinlichster Weise zu beeinträchtigen und zu vereiteln. Es giebt kaum einen schärferen Kontrast, als er zwischen der rücksichtslosen, habgierigen Afrikapolitik der Engländer und dem nachgiebigen Entgegenkommen besteht, wie es die deutsche Regierung in allen kolonialpolitischen Fragen der letzten Jahre anderen Staaten gegenüber behandelt hat. Mit Recht kann man behaupten, daß, wenn das Deutsche Reich noch auf derselben Stufe des Ansehens stände, wie vor 10 Jahren, der Vertrag zwischen England und dem Kongostaate schwerlich zu Stande gekommen wäre; derselbe ist vielmehr ein neuer Beweis dafür, daß man in London auf Deutschland Rücksicht zu nehmen nicht mehr für nöthig hält.

„Welche Sprache man mit England reden muß, um es sofort und nachdrücklich zu überzeugen," schreibt die „Schles. Z.", „zeigen die asiatische Politik Rußlands und das Verhalten Frankreichs gegenüber dem Pachtvertrage Englands mit dem Kongostaate. Rußland rückt seine Grenzen schrittweise gegen das von England in Asien occupirte Gebiet vor und belegt seine neuen Erwerbungen mit starken, gut geschulten und zuverlässigen Truppenmassen. Frankreich ordnet gleichfalls, noch vor der Einleitung von Verhandlungen, die Absendung von Truppen nach seinen, den jetzt zwischen England und dem Kongostaate ausgetauschten Landstrecken benachbarten Gebieten an. Welchen Eindruck die letztere Maßregel in England hervorgerufen hat, beweisen die sofort aufgetauchten Meldungen von dem angeblich bereits erfolgten Rücktritte Englands von dem strittigen Vertrage. Und welchen Sturm nationaler Begeisterung hat das Verhalten der französischen Regierung bei der Volksvertretung Frankreichs hervorgerufen! Nicht eine einzige Stimme hat sich dagegen erheben dürfen. Und das in einem Staate, in welchem die Autorität auf das Tiefste erschüttert, in einem Lande, das von wildem Parteihader zerklüftet ist! Würde auch bei uns im deutschen Reichstage dieselbe einstimmige und elementare Begeisterung der Regierung entgegenbrausen, wenn auch sie erklärte, der englischen Begehrlichkeit mit dem Schwerte in der Hand entgegen treten zu wollen? Schon die Stellung dieser Frage genügt zur Entlastung der Regierung, wenn sie weniger energisch als Frankreich die verletzten Interessen Deutschlands in Afrika verficht. Wir müssen sogar gestehen, daß wir eine Kriegsdrohung Deutschlands im vorliegenden Falle für sehr bedenklich halten müßten. Die Lage unseres Vaterlandes im Herzen Europas ist viel zu bedroht, die Concentrirung unserer gesammten Wehrkraft zur Vertheidigung der deutschen Erde viel zu sehr geboten, als daß, falls nicht eine Lebensfrage der Nation berührt ist, Gut und Blut des deutschen Volkes wegen kolonialer Konflikte gewagt werden dürfte. Daraus folgt aber noch nicht, daß Deutschland sein gutes Recht auf afrikanischem Boden einfach preiszugeben hat. Die Grenzen des Kongostaates sind international festgelegt. Eine Erwerbung von Theilen dieses Staates durch eine einzelne europäische Macht ist vertragswidrig. Die gewählte Form des Pachtvertrages ändert daran nichts, da durch diese angebliche Pacht thatsächlich ein vom Kap der guten Hoffnung bis zum Mittelmeer reichendes englisches Kolonialreich geschaffen wird. Wie kann überhaupt ein politisches Machtgebiet gepachtet werden? Dieser Vertrag ist null und nichtig ohne die Zustimmung Deutschlands. Daher ist ein Protest geboten. Beachtet England diesen Protest nicht, so braucht darum Deutschland noch lange nicht sofort mit bewaffneter Hand vorzugehen. Es kann sich mit dem einfachen Protest begnügen und sich vorbehalten, in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte durch direktes Eingreifen die Wirkungen des von ihm als rechtsungiltig erklärten Vertrages zu beseitigen. Auf Unterhandlungen über ein neues, die rechtswidrigen Erwerbungen Englands sanktionirendes Uebereinkommen sich einzulassen, wäre deutscherseits ein neuer Fehler von unberechenbarer Tragweite. Wenn England sich veranlaßt sehen sollte, die von ihm bereits ergriffene Beute wieder fahren zu lassen, so würde das wohl schwerlich der deutschen diplomatischen Kunst, sondern in erster Linie der Energie der französischen Politik zu danken sein. Sollte aber England behalten, was es widerrechtlich zu nehmen im Begriff steht, so würden wir es schon freudig begrüßen, wenn Deutschland sich auf Unterhandlungen überhaupt nicht einließe, sondern sich auf einen energischen und würdigen Protest beschränkte. Nur keine neuen Kolonialverträge!"

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. Juni.

Berlin. Der König von Schweden trifft am Donnerstag Nachmittag zum Besuch am kaiserlichen Hofe in Potsdam ein, übernachtet im Schlosse zu Berlin und tritt am Freitag Mittag die Reise nach Stockholm an. Gleichfalls am Donnerstag treffen der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg hier ein, von wo aus sie dem Kaiserpaare in Potsdam einen Besuch abstatten werden. — Das Komitee zur Errichtung des Bismarck-Denkmals hat sich nach zweistündiger Sitzung heute über die Ausschreibung eines Wettbewerbes schlüssig gemacht und die Preisjury gebildet. Die Namen der Preisrichter sollen nicht eher veröffentlicht werden, als bis auf die erfolgten Anfragen die Annahme-Erklärungen gegeben worden sind. — Im Reichsversicherungsamt fand gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Bödicker eine Konferenz zur Berathung des Erlasses von Unfallverhütungsvorschriften für die land- und forstwirthschaftliche Berufsgenossenschaft statt, an welcher für Sachsen Oekonomierath Hähnel Theil nahm. Die im Reichsversicherungsamt bearbeitete landwirthschaftliche Unfallstatistik für 1891, welche rund 20,000 entschädigte Unfälle ergab, und das aus dem ganzen Reiche herbeigezogene Material konnten den bezüglichen Unfallverhütungsvorschriften und Polizeiverordnungen in der Berathung zu Grunde liegen. — Die vereinigten Kreissynoden von Berlin beschlossen heute, 180,000 M. zum Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche beizusteuern. — Die Landwirthschaftliche Ausstellung ist gestern Abend 6 Uhr geschlossen worden. Dieselbe ist während ihrer fünftägigen Dauer trotz des anhaltend schlechten Wetters insgesammt von 165,400 Personen besucht worden. Die vorjährige Münchener Ausstellung, deren Besucherziffer die aller ihrer Vorgängerinnen erheblich übertraf, zählte nur 106,557 Besucher. Von den sächsischen Mitgliedern der Deutschen Landwirthschaftsgesellschaft hatten sich 231 eingefunden. — In einer Versammlung von Mitgliedern der freisinnigen Volkspartei im 2. Berliner Reichstagswahlkreise wurde gestern ein Entwurf sozialpolitischer Vorschläge berathen. Obgleich von mehreren Seiten die Vorschläge als sozialdemokratische bezeichnet wurden, fanden sie doch, soweit sie zur Abstimmung gelangten, in der Mehrheit Annahme, so namentlich die Forderung der Einführung eines 8stündigen Maximalarbeitstages und der Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die Dienstboten. Der Rest des Entwurfes soll in einer weiteren Versammlung durchberathen werden. — Bei einer Schlägerei wurde gestern der Zuhälter Arbeiter Uhlemann durch einen Stich in den Kopf so verletzt, daß er heute früh an den Verletzungen starb. — Der Maurer Reimund hat gestern seine Ehefrau in einem Wirthshause der Berlinerstraße mit einem Schlächtermesser lebensgefährlich verletzt und ist dann flüchtig geworden.

Berlin. Eugen Richter erklärt in der „Freis. Ztg." den Entwurf von Vorschlägen zu einer sozialpolitischen Ergänzung des Parteiprogramms, der gestern in seinen Hauptpunkten in einer Versammlung der Freisinnigen des 2. Berliner Wahlkreises angenommen worden ist, für zur Zeit belanglos und verzichtet deshalb auf ein Eingehen auf denselben. — Die Summen, welche bisher für die sozialdemokratischen Brauereiarbeiter eingegangen sind, reichen nur für einen einzigen Tag zur Unterstützung der arbeitslosen Brauereiarbeiter aus.

Berlin. Der Verein der Berliner Brauereien hat der Lokalkommission der Gastwirthe 300,000 M. zur Verfügung gestellt, um der Lokalsperre, die am Freitag von den Sozialdemokraten ausgesprochen werden soll, entgegenzuarbeiten.

Berlin. Die Kapelle des 107. Sächs. Infanterie-Regiments, die gegenwärtig auf Tivoli concertirt, findet hier allgemeine Anerkennung. Die Kapelle bleibt nur noch bis Donnerstag hier, um dann zum Bundesschießen nach Mainz zu gehen.

Köln. Wie der „Köln. Ztg." aus Palamos gemeldet wird, fand am Sonntag in San Feliu de Guixols eine von Korkfabrikanten der Provinz veranstaltete Versammlung zu Gunsten des deutsch-spanischen Handelsvertrages statt. Es waren 27 Ortschaften mit etwa 10,000 Personen vertreten. Die Versammlung verlief unter dem lebhaften Einspruch aller Theilnehmer gegen die spanischen Schutzzollbestrebungen.

Hannover. Die Sitzung der Bevollmächtigten zum 21. Deutschen Gastwirthstage wurde gestern früh 9 Uhr im „Odeon" eröffnet unter dem Vorsitz des Verbandspräsidenten Theodor Müller. Als Ort des nächsten Gastwirthstages wurde Liegnitz bestimmt. Nach der Sitzung fand ein Festmahl zu 400 Gedecken statt. Unter den Ehrengästen befand sich u. A. Oberbürgermeister Justizrath Bormann.

Görlitz. Ein Gendarm des hiesigen Kreises wurde in Ausübung seines Berufes ermordet, worauf der Mörder sein Opfer in einem Kornfelde verbarg. Von dem Thäter fehlt jede Spur.

Myslowitz. Der Regierungspräsident verfügte die Entlassung sämmtlicher unter ärztliche Beobachtung Gestellter aus den Cholera-Lazarethen, da das gänzliche Erlöschen der Cholera amtlich festgestellt ist.

Stettin. In vergangener Nacht wurde der Militärposten im Arsenalhofe von einem Bäckergesellen beschimpft und thätlich angegriffen. Der Posten schlug den Bäcker mit dem Kolben nieder und durchbohrte ihn, als er von Neuem angriff, mit dem inzwischen aufgepflanzten Bajonett. Der Angreifer blieb todt.

München. Als Sieger der Distanz-Radwettfahrt Mailand-Brenner-München ist Fischer-München hervorgegangen. Er hat die 590 Kilometer betragende Strecke in 29 Stunden 34 Minuten zurückgelegt und damit den Ehrenpreis des Prinzregenten von 750 M. eingeheimst. Beim Empfange war der Magistrat und eine ungeheuere Menschenmenge anwesend.

Augsburg. Von den 6 bei dem Einsturz der Ziegler-Brauerei Verschütteten wurden der Baumeister Zix und der Braumeister todt aufgefunden, die 4 Anderen sind tödtlich verletzt.

Pest. Unterhaus. Wekerle theilte die Gründe der Demission des Kabinets mit. Die Krone habe eine der Garantien für die Annahme der Eherechts-Vorlage im Magnatenhause, nämlich die Verkündigung eines eventuellen Pairschubs, verweigert. Die Regierung sei nunmehr zu der Erklärung ermächtigt, daß die Krone betreffs der politischen Nothwendigkeit der Eherechts-Reform mit dem Ministerium übereinstimme und die Reform wünsche. (Beifall rechts. Bewegung im Centrum.) Die Regierung hoffe, daß sich das Magnatenhaus vor dieser Nothwendigkeit beugen werde. Die Politik des Kabinets bleibe dieselbe. Während der Krisis habe er die reine Ueberzeugung gewonnen von der konstitutionellen Gesinnung des Monarchen. (Stürmische Eljenrufe.) Wekerle bestreitet, daß eine Einmischung fremder Faktoren stattgefunden und daß die Krone nicht aus freiem Willen gehandelt habe. Zu Kalnoky sei er gegangen, weil er dies für politisch nothwendig erkannt habe.

Pest. Das Amtsblatt veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben betreffs der Neubildung des Kabinets Wekerle.

Klagenfurt. Zwischen den Stationen der Südbahn Pörtschach und Velden stießen zwei Lastzüge zusammen. Ein Maschinenführer und ein Heizer wurden schwer verletzt, mehrere Wagen zertrümmert.

Paris. Der Ministerrath beschloß die Verfolgung des Blattes „Arbeiterpartei" wegen Beleidigung der Armee. — Das Geschwader unter Führung des Contreadmirals Fournier ist nicht nach Tanger, sondern zum längst geplanten Manöver an die Küste von Algier abgegangen.

Paris. Der Organisations-Ausschuß für die Weltausstellung von 1900 hat sich gestern zum ersten Male unter Vorsitz des Handelsministers vereinigt. Der Ausschuß hat die Klassifikation der auszustellenden Erzeugnisse in 17 Gruppen und 117 Klassen angenommen.

Rom. Crispi fand bei dem Widerstand gegen die Finanzforderung, die in den Unterhandlungen über die Krisis erhoben wird, starken Rückhalt an den Stellen, wo die Verminderung der Wehrkraft verurtheilt wird. Die eingeholten Generalgutachten erklären jede weitere erhebliche Herabsetzung des Militär-Voranschlags für verhängnißvoll. Crispi giebt die Hoffnung noch nicht auf, Brin zu gewinnen.

Neapel. Crispi's Gemahlin wurde auf einem Ausgange von heißblütigen Burschen mit Steinwürfen empfangen. Zwischen den zum Schutz der schwerbedrängten Frau aufgebotenen Polizisten und den Gassenjungen entspann sich ein heißer Kampf, wobei mehrere Revolverschüsse abgefeuert wurden. Die Polizei sah sich schließlich einer Uebermacht von 200 Personen gegenüber, sodaß zwei Kompagnien Infanterie ausrücken mußten. Vierzehn Verhaftungen wurden vorgenommen. Zwei Polizisten sind verwundet.

Friedrich & Glöckner empfehlen streichrechte Schnelltrocken-Firnisse und Lackfarben, ausgewogen nur in unseren Detail-Geschäften: Zwingerstrasse 15; Schäferstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.